

trägt. Rund ein Drittel der Pfarreien des Bistums ist gegenwärtig ohne eigenen Pfarrer.

Eine Regelung, wie sie nun die Diözese Limburg geschaffen hat, provoziert die Frage, inwieweit sie sich noch im Rahmen dessen bewegt, was als *außerordentliche Form der Seelsorge* gelten kann. Beim Studientag der Frühjahrsvollversammlung 1994 meinte Bischof Kasper zu diesem Thema: „Wichtig ist freilich, daß die Lösung als Ausnahme und als ultima ratio gesehen und nicht etwa als Hebel benutzt wird, die ordentliche kirchliche Struktur, wonach das von einem Priester wahrgenommene Leitungsamt für eine Gemeinde konstitutiv ist, unterlaufen und ausgehöhlt wird. Deshalb sollte dieses Modell nicht faktisch zur Regel in einer Großzahl von Fällen werden.“

Das Positivste, das man von der Erklärung zum „Pastoralen Dienst in der Pfarrgemeinde“ sagen kann, ist somit, daß sie einen Rahmen bietet, der weitgehende diözesane Entwicklungen

wie etwa die Limburger nicht verhindert. Alles in allem erweckt die Erklärung den Eindruck, daß man sich zwar nichts vergibt, aber auch nicht viel Neues zu sagen hat. Sie befriedigt diejenigen nicht, die sich weiterreichende Perspektiven erhofft hatten. Dennoch muß sie nicht nutzlos sein. Bischof Lehmann spricht in seiner Vorbemerkung von einem „gemeinsamen Korridor“, den einzuhalten sich die Bischöfe mit diesem „Konsens-Dokument“ verpflichtet hätten.

Die Bezeichnung dieser Erklärung als „Zwischenbilanz“ (Bischof Lehmann) macht deutlich, daß es sich hierbei bestenfalls um ein *vorläufiges Ergebnis* handelt. Wenn der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz an gleicher Stelle von einem „Konsens-Dokument“ spricht, kann er damit allenfalls einen recht minimalen Konsens meinen. Die Entwicklung in den Diözesen geht weiter. Je weiter sie geht, desto schwieriger dürfte es werden, Konsens – wie weitreichend auch immer – zu erzielen.

K. N.

Umwelt: Eine Studie im Auftrag von BUND und Misereor

„Zukunftsfähiges Deutschland“ lautet der Titel einer Studie des Wuppertaler Institutes für Klima, Umwelt, Energie, die im Auftrag von BUND und Misereor erstellt wurde. Quantitative wie qualitative Ziele einer weitreichenden sozio-ökologischen Wende unter der Maßgabe globaler Gerechtigkeit werden darin formuliert.

Ohne mehr Gerechtigkeit zwischen den Industriestaaten und den Ländern des Südens werde es nicht gelingen, die globale Umweltkrise einzudämmen und den Weg zu einer zukunftsfähigen Entwicklung zu beschreiten. Beide Ziele gehören zusammen: „Die Suche nach Zukunftsfähigkeit ist die Suche nach Naturverträglichkeit und Gerechtigkeit.“ Mit dieser eingängigen Formel haben die Autoren des renommierten Wuppertaler Institutes für Klima, Umwelt, Energie nicht nur das Grundkonzept, die den Analysen und

Postulaten zugrundeliegenden Prämissen ihrer Studie erklärt. Mit dieser Gleichung ist auch die vielleicht auf den ersten Blick überraschende, gemeinsame Initiative des kirchlichen Hilfswerkes Misereor und des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) durchaus plausibel.

Gerade die zurückliegenden großen Weltkonferenzen der Vereinten Nationen hatten zum einen die untrennbare Verflechtung der globalen Probleme gezeigt: den unlösbaren Zusammenhang von weltweiter Armut und Un-

terentwicklung, rasantem Bevölkerungswachstum und einer in ihren Folgen vor allem für die Länder des Südens katastrophalen Umweltzerstörung, die zum größten Teil auf das Konto der „entwickelten“ Welt geht. Ebenso eindringlich hatten die Schlußdokumente der Weltkonferenzen zum anderen darauf verwiesen, daß ein Ausweg aus diesem Teufelskreis nur mit einer deutlichen Veränderung des Lebensstils, der Wirtschaftsweise und der Umweltnutzung in den Industrieländern gefunden werden könne – unter der Maßgabe gerechter und damit friedensfähiger Nord-Süd-Beziehungen. Für Misereor waren diese Forderungen keineswegs neu. Bereits in den siebziger Jahren lautete ein Motto: „Anders leben, damit andere überleben können“.

Keine falschen Alternativen in der Zukunftsdiskussion

Mit ihrer besonderen Perspektive will die 350 Seiten starke Studie, die Anfang Januar als Buch im Birkhäuser Verlag erscheinen soll, blinde Flecken der Zukunftsdiskussion aufhellen, besonders durch den Nachweis, daß die sozial-ökologische Neu- und Umorientierung der Gesellschaft „nicht nur erforderlich, sondern auch aussichtsreich und erstrebenswert ist“. Voraussetzung für diese Erkenntnis jedoch ist, daß die Scheuklappen eines trügerischen und unzeitgemäßen Wohlstandsmodells abgelegt und die realen Einbußen an Lebensqualität, die mit dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Konsumverhalten verbunden sind, offen benannt werden. Überdies sei ökologische Politik im eigenen Land auch „praktizierte Friedens- und Sicherheitspolitik“ zu vergleichsweise niedrigen Kosten und mit positiven Nebeneffekten.

In den ersten drei Kapiteln der Studie geht es um die methodische Grundlagen, Prämissen und Maßstäbe und um die unvermeidlichen Zahlen, Statistiken und Rechenbeispiele. Bereits der

Titel der Studie weist dabei auf ihr Grundkonzept hin: das Wohlstands- und Entwicklungsmodell des sogenannten „Sustainable Development“. Spätestens mit dem Umweltgipfel in Rio hat sich dieses Modell im internationalen Entwicklungsdiskurs etabliert. Es steht für eine Entwicklung, in der die Bedürfnisse heutiger Generationen so befriedigt werden sollen, daß die der kommenden Generationen nicht gefährdet werden. Ausdrücklich betonen die Autoren des Wuppertaler Institutes: „Zukunftsfähigkeit“ sei ein normatives Konzept und erfordere zumindest zwei Werturteile: Künftige Generationen sollen die gleichen Lebenschancen haben und jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt ebenso wie das gleiche Recht, globale Ressourcen in Anspruch zu nehmen, solange die Natur dadurch nicht übernutzt werde.

Für die Beschreibung eines Handlungsrahmens zur Nutzung der Umwelt nach der Maßgabe beider Wertentscheidungen greift die Studie auf das „Umweltraum-Konzept“ zurück, das in seinen Grundzügen von dem Niederländer *Hans Opschoor* entwickelt wurde: Der „Umweltraum“ bezeichne dabei den Raum, „den die Menschen in der natürlichen Umwelt benutzen können, ohne wesentliche Charakteristika nachhaltig zu beeinträchtigen.“ Er ergibt sich aus der ökologischen Tragfähigkeit von Ökosystemen, der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen und der Verfügbarkeit von Ressourcen.

Tendenz zum Export ökologischer Probleme

Im zweiten Kapitel der Studie werden zunächst konkrete quantitative Vorgaben für die Schadstoffkontrolle und den Ressourcenverbrauch gemacht: z.B. eine Reduzierung der Emission von Kohlendioxid um 35 Prozent bis zum Jahr 2010, von Stickoxid und Kohlenwasserstoff um 80 Prozent bis 2005 als mittelfristige Ziele, ein vollständiger Verzicht auf synthetische

Stickstoffdüngung und Pflanzenschutzmittel nach einer Übergangsfrist von 10 bis 15 Jahren zugunsten der Schadstoffbelastung der Gewässer, die Reduzierung der Nutzung fossiler Energieträger bis Mitte des nächsten Jahrhunderts um 80 bis 90 Prozent, Halbierung des Primärenergieverbrauchs bis zum Jahr 2050.

In einem dritten Kapitel wird eine *Umweltverbrauchsbilanz* des deutschen Produktions- und Konsumsystems von den 60er Jahren bis heute vorgelegt, die vor allem eines deutlich zeigt: Die Deutschen sollten in Sachen Ökologie nicht allzu selbstgerecht sein. Die ökologischen Folgen der deutschen Ressourcennutzung haben vielfach andere Länder zu tragen. Dies zeigt die Studie etwa an der Zunahme des Imports energieintensiv hergestellter Produkte oder auch bezüglich der Fläche, die Deutschland durch seinen Konsum in anderen Ländern belegt. 1991 entsprach diese Fläche etwa einem Drittel der Landwirtschaftsgesamtfläche Gesamtdeutschlands. Relativ leicht aber könnte da Abhilfe geschaffen werden: Ein reduzierter Fleischkonsum würde die Flächenansprüche deutlich senken. An zwei besonders prekären Problembereichen, dem Klimawandel, der Zerstörung der Ozonschicht und der Verschmutzung der Weltmeere zum einen, den ökologischen Folgen der Rohstoffimporte aus den Ländern des Südens und der Nutzung deren biologischer Ressourcen zum anderen unterstreichen die Autoren: Die Zukunftsverträglichkeit der Wirtschaft eines Landes läßt sich nur beurteilen, wenn sämtliche Umweltfolgen unter der nationalen *und* globalen Perspektive betrachtet werden.

Ausdrücklich widmet sich die Studie einem Kernproblem der ganzen Ökodebatte. Auch mit der sicherlich unverzichtbaren Festlegung quantitativer Beschränkungsziele werde nicht nur die Natur einmal mehr auf Verbrauchsgrößen reduziert. Ebenso bleibt das *Empfinden* der Menschen bei einer Darstellung, die sich auf naturwissenschaftliche Fakten beschränkt, unberührt. Mit diesen Fakten sei aber

auch noch nicht die Frage beantwortet, *wie und warum* sich Gesellschaften in solchermaßen hohe Stoffverbräuche verwickelten. „Vor allem aber wird nicht sichtbar, wie die quantitativen Reduktionsziele in die Lebenswelten der Menschen eingehen könnten.“ Der Frage, welche Art von Gesellschaft aus der Realisierung dieser Umweltziele entstehen, welche *sozial-qualitative Gestalt* diese haben soll, widmet sich daher ein viertes Kapitel. Die darin vorgenommene Formulierung von acht Leitbildern eines zukunftsfähigen Deutschlands, stellt den eigentlichen Kern der Studie dar.

Dabei mahnen die Autoren, bei dem angezielten Wandel könne es sich nur um eine Vielzahl zwar gleichgerichteter, aber doch ungleichzeitiger und verschiedener Prozesse handeln. Ebenso dürfe dieser nicht „allzu staatszentriert“ vorgestellt werden. Diesem Anspruch stellt sich auch die Studie selbst, indem sie ihre Leitbilder, die Gestaltungsaufgaben in den je verschiedenen Problembereichen direkt an die einzelnen Akteure adressiert, an den Unternehmer, den Konsumenten, den Bürgermeister, den Städter, den Bauern. In insgesamt 24 sogenannten „Wende-Szenen“ werden die programmatischen Leitbilder zu konkreten Vorhaben ausgeführt. Dazu suchen die Wuppertaler Umweltexperten an einem den Deutschen durchaus attestierten Öko-Bewußtseinswandel ebenso anzuknüpfen wie an bereits vorhandenen Initiativen und Ideen.

Das erste Leitbild „Rechtes Maß für Zeit und Raum“ wird einer „ruhelosen“ deutschen Gesellschaft gegenübergestellt, die an ihrem Mobilitätsaufwand und -kommen zu ersticken drohe. Die Forderung nach *Verkehrsvermeidung* und einem schlanken Verkehrsapparat konkretisiert sich dabei etwa in der nach einer „maßvoll motorisierten Automobilflotte“, nach einer „Flächenbahn mit dichtem Schienennetz“, aber auch in der Vorstellung einer Stadtgesellschaft, die auf Urbanität, auf kurze Wege setzt, die Bodenspekulation verhindert, um die „Flucht ins Grüne“ zu unterbinden.

Für das Leitbild einer „Ökologisierung der Marktwirtschaft“ werden vier zentrale Schlüsselprojekte genannt: der Abbau offener wie verdeckter Subventionen, die umweltschädlich wirken (z. B. das unbesteuerter Flugbenzin); die Durchführung einer ökologischen Steuerreform, die im Energiesektor auch die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer vorsieht (im Gegenzug sollten die Abgaben für den Produktionsfaktor Arbeit gesenkt werden); die Etablierung von Haftungsregeln für risikoträchtige Aktivitäten; und die Umorientierung der Wettbewerbspolitik auf Ressourceneffizienz.

Aber nicht nur dem Wirtschaftssystem, auch der *Wirtschaftsweise* widmet sich ein Leitbild, das diese auf einen Produktionsprozeß verpflichtet, in der Abfälle zu wertvollen Stoffen anderer Produktionsvorgänge werden sollen. Die Produktgestaltung müsse an den Kriterien Langlebigkeit, Schadstofffreiheit, Demontierbarkeit und Wiederverwertbarkeit ausgerichtet sein. Unternehmerisches Handeln wird auf *systemweite Produktverantwortung* verpflichtet, was unter anderem die Zurücknahme von Wertstoffen und Produkten durch Verkäufer und Hersteller einschließt.

„Gut leben statt viel haben“ lautet der

vierte Programmsatz für ein zukunftsfähiges Deutschland. Sparsamkeit, „jene alte Regel haushälterischen Denkens“, wird darunter als Tugend neu belebt, konkret vor allem die gemeinsame Nutzung etwa von Waschmaschinen, Autos, Rasenmähern und Skiausrüstungen als Devise ausgegeben. Ein weiteres Leitprinzip widmet sich einem modernen, nicht mehr wie bisher am „Massendurchsatz“ orientierten Verständnis von Infrastruktur, einer „lernfähigen“, „dematerialisierten“ Infrastruktur. Dabei wird vor allem ein Profil moderner Energiedienstleistungsunternehmen gezeichnet.

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entscheidet sich maßgeblich an der der deutschen Städte, dies zeigen Ausführungen unter dem sechsten Leitbild, das unter dem Stichwort Re-Urbanisierung eine Neubelebung der „Stadt als Lebensraum“ fordert. Insgesamt macht sich die Studie damit für eine umfassende Revision des Stadt-Land-Verhältnisses stark; das nächste Leitbild ist der politischen Neugestaltung des ländlichen Raums und der ökologischen Landbauwende gewidmet.

Die Erkenntnis beispielsweise, daß die Industrieländer die Armen im Süden weit weniger durch das schädigen, was

sie ihnen an Hilfe vorenthalten, als durch das, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen, bilden den Hintergrund des letzten Leitbildes: „Internationale Gerechtigkeit und globale Partnerschaft“. Eine Notgemeinschaft müßte sich dabei fast zwangsläufig ergeben denn: „Der produktive Streit um eine zukunftsfähige Lebensweise steht dem Süden nicht anders als dem Norden bevor.“

Im fünften und letzten Kapitel der Studie erfolgt sozusagen die Gegenprobe. In einem mittelfristigen Szenario, das wiederum auf den Vorarbeiten der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ aufbaut, werden die zuvor genannten Umweltziele auf ihre Erreichbarkeit überprüft.

Nicht nur die Tatsache, daß sich die Autoren des Umweltinstitutes am Ende der Studie gleich noch ausführlich den vermuteten Einwänden gegen ihre Forderungen stellen, macht die Studie zu einem wichtigen Beitrag für die Öko- und Zukunftsdiskussion in Deutschland. Der Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei Miseror, *Reinhard Hermle*, kommentierte die Ergebnisse, überrascht hätten ihn die Dramatik der Schlußfolgerungen, aber auch der Optimismus, den drohenden Gefahren begegnen zu können. A. F.

Jetzt nicht resignieren

Zur Situation der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern

An der Minderheitssituation der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern hat sich sechs Jahre nach der Wende nichts geändert. Die Kirche verfügt über neue Möglichkeiten, in die Gesellschaft hineinzuwirken, steht aber gleichzeitig unter erheblichen Sparzwängen. Wolf Krötke, Professor für Systematische Theologie an der Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, analysiert für uns Probleme und Chancen der gegenwärtigen Umbruchsituation.

Für die evangelischen Landeskirchen in den neuen Bundesländern hat sich seit 1990 sehr viel geändert. Sie sind aus einer Außenseiterposition am Rande der Gesellschaft heraus zu einem Faktor des öffentlichen Lebens in der pluralistischen, demokratischen Gesellschaft geworden. Ihnen sind aufgrund der staatskirchenrechtlichen Verhältnisse in der

Bundesrepublik Deutschland Aufgaben in vielen gesellschaftlichen Bereichen zugewachsen, die sie in den DDR-Zeiten nicht wahrnehmen durften. Statt der Unterdrückung durch den totalitären Staat werden ihnen eine Reihe von Förderungen durch den demokratischen Staat zuteil. Das alles sind Veränderungen, die diesen Kirchen einen